



Praxistipp

Zusammenhalt in der Kommune: Ein Analysemodell

"Zusammenhalten, füreinander eintreten und sich gegenseitig helfen – was im Fußball spielentscheidend ist, zählt auch in der Gesellschaft!", sagt Dunja Hayali von der DFL Stiftung im Grußwort des [PHINEO-Themenreports „Zusammen stark sein!“](#), der sich mit der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beschäftigt. Die Leitfrage darin: Welche Angebote müssen Kommunen und Zivilgesellschaft bereitstellen, um insbesondere Kinder und Jugendliche für Demokratie, Teilhabe und Mitbestimmung zu begeistern?

Auf eine aktive Zivilgesellschaft kommt es an

Es muss gewiss nicht jedes Kind Fußball spielen, aber eine Erkenntnis aus dem Mannschaftssport ist für alle wichtig: Nur gemeinsam sind wir stark. Im Leben der Individuen sowie in der Gesellschaft als Ganzes kommt es auf Fair Play und Zusammenhalt, auf Respekt und Toleranz, auf Miteinander und Mitmachen an. Auf dem Platz oder in ganz vielfältigen Projekten werden in ganz Deutschland diese Grundwerte auf beeindruckend kreative Art vermittelt – häufig gefördert von Kommunen, Unternehmen und Stiftungen, aber entwickelt von Nonprofit-Organisationen, die mit großer Leidenschaft und Expertise ihre Programme umsetzen.

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird häufig als „Kitt der Gesellschaft“ bezeichnet. Er steht für eine starke Demokratie, friedliches Zusammenleben und das Vertrauen der Menschen in eine sichere Zukunft.“

Es geht darum, dass es in der Gesellschaft gerecht zugeht, niemand zurückbleibt und sich die Menschen überwiegend wohl fühlen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich zwar nicht messen; ob er gut oder schlecht ist, dafür gibt es trotzdem klare Anzeichen. Was also heißt gesellschaftlicher Zusammenhalt genau, was hat er mit einer stabilen Demokratie zu tun und warum ist es gerade auf kommunaler Ebene so wichtig und zugleich wirksam, ihn zu stärken?

Zusammenhalt lässt sich fühlen – und erklären

Gefördert durch:



| BertelsmannStiftung



Wissenschaftlich betrachtet ist gesellschaftlicher Zusammenhalt ein stabiles System sozialer Bindungen. Es gibt drei verschiedene Arten sozialer Bindungen. Als Faustregel könnte man formulieren: Sind alle drei Bindungsarten stark und annähernd gleichmäßig in einer Gesellschaft, Region oder Bevölkerungsgruppe ausgeprägt, ist es um den Zusammenhalt gut bestellt.

Bonding schafft ein enges Netz für Menschen, die sich ähnlich sind

Von Bonding (= Verbindung) sprechen wir bei engen sozialen Beziehungen zwischen Menschen mit vielen Gemeinsamkeiten. Diese Bindungen sind belastbar, stiften Identität und geben Halt – manchmal auch in Notlagen. Das Projekt „Denk-Anstoß“ des Fanprojekt Dresden e.V. zum Beispiel nutzt die gemeinsame Sportbegeisterung junger Menschen, um ihnen den Spaß am Lernen und das Verständnis von Zusammenhalt, Toleranz und Antirassismus zu vermitteln. Dass die Angebote im Stadion selbst umgesetzt werden, ermöglicht es, die Leidenschaft für das gemeinsame Hobby auf ernsthafte und gesellschaftlich höchst relevante Themen des Miteinanders zu übertragen.

Bridging bringt Menschen in Kontakt, die sich stärker voneinander unterscheiden

Von Bridging (= Überbrückung) reden wir, wenn Beziehungen zwischen Menschen oder Gruppen mit verschiedenen Eigenschaften bestehen. Bridging ermöglicht Dialog und Austausch von unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen, Meinungen und Potenzialen. Der Bike Bridge e.V. in Freiburg beispielsweise sorgt in seinem Projekt „Miteinander statt nebeneinander“ für soziale Bindungen von Frauen mit und Frauen ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte. Durch die Begegnungen und den interkulturellen Dialog bekommen beide Seiten ein besseres Verständnis füreinander und können viel von- und miteinander lernen.

Linking ermöglicht Dialog zwischen staatlichen Institutionen und Einwohner*innen

Von Linking (= Verknüpfung) ist die Rede, wenn Bindungen zwischen einzelnen Einwohner*innen und staatlichen oder politischen Institutionen (z. B. Regierung, Behörden, Schulen) bestehen. Linking fördert die Teilhabe an demokratischen Prozessen und eröffnet die Möglichkeit, die eigene Lebenswelt aktiv mitzugestalten.

„Kinder an die Macht!“ kann es also lauten, wenn schon junge Menschen mitbestimmen dürfen. Unter diesem Motto fördert das Ferienprojekt „KjG-Kinderstadt“ der Diözesanstelle der KjG im Erzbistum Köln e.V. das Demokratieverständnis und politische Teilhabe. In einer eigenen kleinen Ferienstadt lernen Kinder ganz hautnah u.a. was Demokratie heißt, wozu steuerliche Abgaben gut sind und wie Politik funktioniert. Mit diesen Erfahrungen ausgestattet können sie frühzeitig eigene Werte und Visionen einer gerechten Gesellschaft entwickeln und diese auch außerhalb von der Kinderstadt in ihrem eigenen Leben umsetzen.

Zusammenhalt will gelernt werden – und das von Kindesbeinen an

Anhand zahlreicher Projekte wird deutlich, dass eine frühe Heranführung von Kindern und Jugendlichen an kommunale Themen nicht nur hilfreich, sondern notwendig ist, um nachhaltige Wirkung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erzielen. Kinder müssen lernen, sich aktiv für eine Kultur und Politik einzusetzen, die die Zugehörigkeit aller Einwohner*innen zum Gemeinwesen vor Ort und ein Zusammenleben in Vielfalt unabhängig von Herkunft, Kultur, Weltanschauung und Religion ermöglichen und fördern.

Es gilt, den Dialog zwischen Einwohner*innen, Verwaltung und Politik sowie Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft von der Kindheit an einzuüben.

„Wo gemeinsam diskutiert und ein von Chancengleichheit geprägtes Miteinander gestaltet wird, erleben Kinder Selbstwirksamkeit und entwickeln ein nachhaltiges Verantwortungsgefühl für die eigene Rolle und andere in der Gesellschaft.“

Das eindrucksvolle Beispiel der „KjG-Kinderstadt“ kann ein Augenöffner sein für die Potentiale, die in der frühen Sensibilisierung schlummern. Politikverdrossenheit? Das gibt es hier nicht. Stattdessen wird diskutiert, gelebt und gearbeitet – sogar mit einer eigenen Währung. Im „Rat aller Kinder“, der durch das von den Kindern gewählte Bürgermeister*innen-Team und den Stadtrat geleitet wird, werden Gesetze oder Steuern diskutiert und beschlossen.

Hierbei wird deutlich: Demokratie ist komplex, aber sie macht auch Spaß. Woran man das sieht? An der Agentur für Glück und Gute Laune zum Beispiel, die es in der Kinderstadt neben der Agentur für Arbeit auch noch gibt. Demokratie und Mitbestimmung lernen, das können hier alle: Die Teilnehmenden, die vielen Ehrenamtlichen und die Eltern, die im „Elterngarten“ zu Gast sind.

Und sicher auch die Politiker*innen, mit denen die Kinderstädter im Laufe der Woche ganz real zusammentreffen.

Bonding, Bridging und Linking lässt sich von Kommunen für Analyse und Steuerung nutzen

Fest steht: Gesellschaftlicher Zusammenhalt findet im Lebensumfeld jedes einzelnen Menschen statt, von der Kita, über die Schule, den Beruf bis hinein ins hohe Alter. Wie gut das Zusammenleben der Menschen funktioniert, darauf können kommunale Verwaltung und Politik großen Einfluss nehmen. Ein Anfang kann sein, sich einen Überblick über die Angebote in der Kommune zu verschaffen, die sowohl von staatlicher als auch von zivilgesellschaftlicher Seite an Kinder und Jugendliche herangetragen werden.

So kann es sehr aufschlussreich sein, die Balance zwischen Bonding, Bridging und Linking im Status Quo zu überprüfen. Wo Bonding bspw. fehlt, da werden einzelne Menschen und insbesondere marginalisierte Gruppen nicht genug unterstützt und gemeinschaftlich empowert. Sind Bondingangebote hingegen im Dreiklang deutlich überrepräsentiert, kann dies zur Abschottung einzelner und mangelndem Dialog zwischen heterogenen Gruppen führen. Beides kann ein stabiles gesellschaftliches Miteinander in der Kommune aus der Balance bringen.

„Es kann also von großem Nutzen für kommunale Verwaltung und Politik sein, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, sich intensiv mit den eigenen Angeboten und denen der Zivilgesellschaft auseinanderzusetzen und ggf. korrigierend nachzusteuern, wenn neue Angebote und Maßnahmen geschaffen werden oder Förderentscheidungen anstehen.“

Wo Kommune und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, kann Großes entstehen

Ausgewogene soziale Bindungen, Chancengleichheit, Toleranz und Teilhabe werden in den Gemeinden und Kommunen konkret. Ob „Denk-Anstoß“, „Miteinander statt Nebeneinander“ oder „Kinderstadt“, sie alle sorgen für den „Kitt der Gesellschaft“. Die zivilgesellschaftlichen Akteure, die hinter diesen Konzepten stehen, tragen vor Ort erheblich zu Demokratieförderung, einem Wertschätzen von Vielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei.

Diese meist sehr professionellen Organisationen sind offen für enge Kooperation über Sektorengrenzen hinweg, einige von ihnen sind sogar darauf angewiesen. Die Erfahrung zeigt deshalb, dass partnerschaftliches Agieren gerade bei komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen der Schlüssel zum Erfolg ist. Warum also nicht das eigene "Linking" weiter intensivieren und durch vielfältige Allianzen gemeinsam noch stärker werden...?

Über die Autor*innen:

JULIANE WERLITZ

Juliane Werlitz arbeitet seit mehr als 20 Jahren als Presse- und Kommunikationsexpertin und verfügt über umfangreiche Erfahrung in der politischen Pressearbeit. Als Pressesprecherin der PHINEO gAG arbeitet sie verstärkt crossmedial und schreibt neben Pressemitteilungen, Gastbeiträgen und Interviews auch Publikationen wie bspw. den Themenreport zu Gesellschaftlichem Zusammenhalt.

JULIA KAESEMANN

Julia Kaesemann arbeitet seit 2018 für die PHINEO gAG. Sie betreut u.a. die Kommunikation im Projekt Weltoffene Kommune. In ihren Projekten beschäftigt sie sich mit der Frage, wie gelungene Kooperationen zwischen den Sektoren aussehen können. Inhaltlich liegt ihr Fokus bei den Themen Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

*Dieser Artikel ist im Original auf der digitalen **Wissensplattform für weltoffene Kommunen**: <https://www.weltoffene-kommune.de> erschienen. Das Projekt Weltoffene Kommune hat zum Ziel, Kommunalverwaltungen auf ihrem individuellen Weg zur Weltoffenheit durch Online- und Offlineangebote zu unterstützen. Umgesetzt wird es von der PHINEO gAG und der Bertelsmann Stiftung von 2019 bis 2021 durch die Förderung der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration*